

ANZEIGE

 zum Online ← Angebot Dienstag, 11.9.2001 <h1 style="margin: 0;">Süddeutsche Zeitung</h1> Druckausgabe
--	--

Gesamtverzeichnis
 Streiflicht
Politik

Seite Drei
 Meinungsseite
 Berlin

Panorama
 Feuilleton
 Münchner Kultur

Medien
 Wirtschaft
 Sport

München
 Bayern
 Sonderseiten

Landkreisausgaben
 Wissenschaft
 Reise & Erholung

Hochschulseite
 Literatur
 Mobiles Leben

SZ am Wochenende
 Bildung & Beruf
 Immobilienseite

Sonderbeilage

ANZEIGE

Bundeswehr: Krebs durch Radar

Tödliche Kriegsspiele

Erkrankte Soldaten beschuldigen einen ehemaligen Vorgesetzten, bewusst Sicherheitsvorschriften missachtet zu haben

Von Rudolf Neumaier

Fast könnte man die Garnison von Kleinhartpenning als Idyll bezeichnen. Doch die Radarschirme sind immer noch in den Himmel gerichtet, östliche Richtung, dorthin wo früher alle paar Tage die Düsenjäger der Sowjets aufkreuzten und den Soldaten von Kleinhartpenning eine Menge Arbeit machten. Ulrich Häntzschel diente damals als Feuerleitfeldwebel im Flugabwehrraketen-Geschwader 6. Er wartete Radargeräte, elf Jahre lang. Und manchmal stellte es Ulrich Häntzschel bei der Arbeit unter dem Radarschirm die Haare auf, und es kribbelte am Rücken.

Nach seiner Dienstzeit, Glasnost und Perestroika standen schon in den Geschichtsbüchern, hatte Häntzschel einen Verdacht und ging zum Arzt. Der Arzt stellte fest, dass sich im Hoden des einstigen Unteroffiziers Krebs bildete. „Embryonal-Karzinom“, sagt Häntzschel, „wenn es zwei Wochen später entdeckt worden wäre, hätte es schlecht für mich ausgesehen.“ Das war 1994, heute lebt der 47-Jährige ohne Komplikationen. Einige Kameraden, die mit ihm am Waffensystem Hawk arbeiteten, kämpfen noch mit Tumoren, andere sind gestorben – an Hodenkrebs, Hautkrebs, Blutkrebs, Prostatakrebs. „Der Großteil der Geschädigten hat mit Hawk gearbeitet“, sagt Peter Rasch, der Lungenkrebs hat.

650 Watt pro Quadratmeter

Der 59-Jährige hat den Bund zur Unterstützung Strahlengeschädigter gegründet und in seiner Wohnung in Rödermark ein Büro eingerichtet. Inzwischen sind in seinem Computer fast 500 Krebskranke erfasst, die an einem deutschen Flugabwehr- oder Fernmeldestandort gedient hatten. Zusammen mit dem Berliner Anwalt Reiner Geulen kämpft die Opfervereinigung für eine Entschädigung und Versorgung. Bislang vergeblich.

Seit der Bericht einer Untersuchungskommission um den Zeit-Herausgeber Theo Sommer veröffentlicht ist, hat sich nichts wesentliches getan, obwohl Verteidigungsminister Rudolf Scharping die Entschädigungen noch in diesem Jahr abwickeln wollte. Auf die Frage nach dem aktuellen Stand verweist eine Sprecherin des Ministeriums auf eine Pressemitteilung, die Rudolf Scharping Mitte

Aktuelles Lexikon
 Wochenchronik
 Impressum →

ANZEIGE

Juli veröffentlichte. Nichts Neues: Ein Sonderbeauftragter „Radar“ ist eingesetzt, eine Arbeitsgruppe eingerichtet und eine Task Force zusammengestellt. „Alles Verschleppungs-Taktik“, sagt Peter Rasch, „Scharping setzt auf die biologische Lösung.“ Bundeswehr und Ministerium entschieden willkürlich. Seine, Raschs Wehrdienstbeschädigung sei seit drei Jahren anerkannt. Die Witwe seines Kameraden, der neben ihm 18 Jahre lang als Radartechniker gedient hatte und an Krebs gestorben ist, erhält keine Versorgungsleistungen.

Schmerzensgeld will Scharping nur zahlen, wenn die Krankheit eines ehemaligen Soldaten „durch eine vorsätzliche unerlaubte Handlung eines Bundeswehrangehörigen verursacht“ wurde. So ist ein Brief an Anwalt Geulen zu verstehen. Doch genau das wirft Ulrich Häntzschel seinem damaligen Vorgesetzten vor – und er hat alte Weggefährten gefunden, die seine Einschätzung teilen. Die Aussage eines Kameraden hat besonderes Gewicht: Der Mann wacht inzwischen als Oberstabsfeldwebel über Arbeitssicherheit und Umweltschutz am Stützpunkt südlich von München. Häntzschel sei minutenlang mit bis zu 650 Watt pro Quadratmeter bestrahlt worden, bestätigt er, obwohl der Grenzwert bei zehn Watt lag. Schutzvorschriften seien zweitrangig gewesen.

In Häntzschels Erinnerung erscheint der vorgesetzte Oberleutnant als gnadenloser Kriegsspieler, von dem der Satz zitiert wird: „Wir sind im Krieg, und da kann ich nicht Rücksicht nehmen.“ Das Zitat spielte 1995 eine Rolle, als es ein Disziplinarverfahren gegen den forschen Oberleutnant und seine Auslegung der Schutzvorschriften gab – es wurde allerdings eingestellt.

Auch jetzt müssen die Soldaten – oder die Witwen – nachweisen, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen der Arbeit am Radar und der Krankheit. Ein schwieriges Unternehmen, aber Geulen sagt, die entsprechenden Daten lägen für jeden seiner knapp 500 Mandanten vor. Wenn Scharping nicht bald ein befriedigendes Angebot unterbreite, werde er klagen, kündigt Geulen an. Er spricht von insgesamt 120 Millionen Mark, die den Geschädigten zustünden. Zudem pocht er auf Versorgungsleistungen für die Opfer. 300 bis 400 Mark hätten sie pro Monat zu erwarten. Zuständig für diese Zahlungen sei allerdings das Arbeitsministerium.

Ulrich Häntzschel wartet noch immer auf einen Bescheid. Der scharfe Oberleutnant ist inzwischen Oberstleutnant. Die sowjetischen Flugzeuge, die damals in den deutschen Luftraum eindringen und deretwegen die Soldaten so hoher Strahlenbelastung ausgesetzt wurden, haben übrigens meist nach kurzer Zeit wieder abgedreht. Sie wollten nur provozieren.

Außerdem in dieser Ausgabe:
Hintergrund : Vom Freund zum Gegner

[zurück](#) →
[Seitenanfang](#) →
[sueddeutsche.de](#) →

© 2001 Süddeutsche Zeitung GmbH / Lizenziert durch DIZ München GmbH
Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Beiträge, insbesondere durch Vervielfältigung oder Verbreitung auch in elektronischer Form, ist ohne vorherige Zustimmung unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urhebergesetz nichts anderes ergibt.